LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
14. Wahlperiode

Drucksache 14/4893
25. 01. 2006

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Michael Hörter (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

Situation des Landesverfassungsschutzes Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage 2902** vom 3. Januar 2006 hat folgenden Wortlaut:

In der Pressekonferenz der Landesregierung zu Aktivitäten der Landesregierung zu einer beabsichtigten Stärkung des Landesverfassungsschutzes wurden am 29. Dezember 2005 durch Herrn Staatssekretär Hendrik Hering Aussagen getätigt, die Fragen aufwerfen.
Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Polizeibeamtinnen und -beamte sind derzeit unbefristet in Einheiten des polizeilichen Staatsschutzes eingesetzt (bitte auflisten nach Polizeibehörden)?
2. Über wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (nur Vollzeitstellen), die die arabische und bzw. oder die türkische Sprache fließend sprechend, verfügt der Verfassungsschutz, wie viele davon sind Muttersprachler?
3. Über wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (nur Vollzeitstellen), die als Islamismusexperten bezeichnet werden können, verfügt der Verfassungsschutz, woraus leitet sich der Expertenstatus ab (bitte Anzahl der Dienstjahre, Qualifikation o. Ä. angeben)?
4. Wie viel Zeit lag zwischen der Ankündigung des Innenministers und der tatsächlichen Einstellung von arabisch sprechenden Mitarbeitern bzw. Islamismusexperten?
5. Welche Anhaltspunkte über Aktivitäten von Personen, die der so genannten Muslimbruderschaft zugerechnet werden, liegen dem Verfassungsschutz vor?
6. Wie viele Personen wurden in den letzten zehn Jahren wegen verfassungsfeindlicher Aktivitäten aus Rheinland-Pfalz ausgewiesen (bitte jeweils Ausreisedatum und Nationalität angeben)?
7. Was ist der Grund dafür, dass mehr als vier Jahre nach dem Anschlag auf das World Trade Center (11. September 2001) ein Islamismusreferat im Landesverfassungsschutz geschaffen wird?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 24. Januar 2006 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Derzeit sind in Einheiten des polizeilichen Staatsschutzes 97 Polizeibeamtinnen und -beamte unbefristet eingesetzt, sie verteilen sich wie folgt:

Polizeibehörde	Anzahl
PP Koblenz	14
PP Mainz	17
PP Rheinpfalz	11
PP Westpfalz	10
PP Trier	10
LKA	35
Gesamt	**97**

b. w.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 16. März 2006

Zu Frage 2:

Zur Beantwortung der Frage verweise ich auf meine Antwort zu der Kleinen Anfrage 2680 – Landtagsdrucksache 14/4507 – vom 20. September 2005.

Zu Frage 3:

Der im Hauptfach Islamkunde mit summa cum laude promovierte Mitarbeiter kennt den arabischen Raum aus zahlreichen, teils bis zu einjährigen Aufenthalten aus persönlicher Erfahrung. Er unterhält weiterhin intensive Kontakte zu wissenschaftlichen Institutionen und kann somit Sachverhalte aus der beruflichen Tätigkeit im Lichte wissenschaftstheoretischer Grundlagen angemessen bewerten. Die zunehmend umfangreicheren Anforderungen an den Mitarbeiter durch andere Behörden und Einrichtungen, mitunter auch über die Landesgrenzen hinaus, verdeutlichen nachdrücklich seine Bedeutung im Kampf gegen islamistisch motivierte Gefährdungen.

Zu Frage 4:

Nach Ankündigung der beabsichtigten Einstellung durch den früheren Innenminister Zuber in einer Regierungserklärung am 18. Oktober 2001 u nd der notwendigen Sicherheitsüberprüfung des Bewerbers wurde dieser am 2. Januar 2002 in den Verfassungsschutz eingestellt.

Zu Frage 5:

Die Muslimbruderschaft bzw. ihre Vertretung in Deutschland, die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland“ (IGD), besitzen in Rheinland-Pfalz keine Strukturen. Ebenso liegen keine Erkenntnisse darüber vor, dass Personen in Rheinland-Pfalz die Muslimbruderschaft bzw. IGD aktiv unterstützen. Aus bekannt gewordenen Einzeläußerungen und Hinweisen auf Teilnehmer an IGD-Jahrestreffen ist aber bei einigen Personen von einer ideologischen Nähe zu den genannten Strömungen auszugehen.

Zu Frage 6:

Bei der Ausweisung von Ausländern werden die Ausweisungsgründe statistisch nicht gesondert erfasst. Die Beantwortung der Frage würde daher eine Auswertung der einzelnen Ausländerakten durch die Ausländerbehörden erfordern, die im Rahmen der Beantwortung einer Kleinen Anfrage nicht zu leisten ist.

Zu Frage 7:

Nach dem Anschlag vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York hat die Landesregierung unverzüglich reagiert und mit der Einstellung des Islamkundlers den rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz fachspezifisch verstärkt. Nach dem Anschlag von Madrid am 11. März 2004 hat das Innenministerium für den Verfassungsschutz umgehend weitere Mitarbeiter eingestellt und eine Fachgruppe zur „Bekämpfung des Islamistischen Terrors“ (BIT) eingesetzt.

Der Mord an dem niederländischen Regisseur van Gogh am 2. November 2004 und die Anschläge von London im Juli 2005 haben den Sicherheitsbehörden neue Erkenntnisse und Einsichten über organisatorische Strukturen sowie spezifische soziale und soziologische Bedingungen der Einwanderer-Nachfolgegeneration als mögliche Terrorursachen vermittelt (sog. home grown network).

Der Aufbau eines eigenständigen Fachreferates zur Beobachtung und Bekämpfung des islamischen Terrorismus ist die logische Fortentwicklung der bisherigen Bemühungen der Landesregierung, die innere Sicherheit in Rheinland-Pfalz weiter zu verbessern. Dazu zählt auch der noch einzustellende arabische Muttersprachler als „praktische“ Ergänzung zu dem wissenschaftlichen Islamkundler. Er soll dazu beitragen, der Landesregierung frühzeitig Hinweise und Informationen zu ermöglichen, ob, wo und ggf. in welchem Ausmaß fundamentalistische Lehren und Lehrer bei Einwanderern bzw. deren Kindern und/oder Enkeln Eingang finden.

Karl Peter Bruch
Staatsminister